

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 70 (1983)
Heft: 2: Reflexionen und Materialien zur Friedenserziehung

Artikel: Statt Rüstung Frieden und Brot : Sicherung des Friedens : erstes Gebot gewerkschaftlicher Interessenvertretung
Autor: Neukrantz, Heinz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-528192>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

waren die Wangen des gesamten polnischen Volkes, die Hitler und Stalin zum Opfer fielen. Hierzu jedoch hatte Chamberlain gewiss keine sittlich vertretbare Berechtigung. Im gleichen Sinn kann auch ein Soldat es zwar unter Berufung auf die Bibel und die Bergpredigt verweigern, sich persönlich zu verteidigen; er hat jedoch die Verpflichtung, für seine Familie, sein Volk und sein Vaterland einzustehen, wenn diese angegriffen werden.

Worte von Karl Barth

In bemerkenswerter und unmissverständlicher Weise hat sich der evangelische Theologieprofessor Karl Barth geäußert, auf den sich heute häufig die Anhänger der «Friedensbewegung» berufen. In seinem Brief vom 24. Oktober 1938 an eine Vertreterin des Vereins «Kirche und Frieden» in Holland spricht er sich vehement gegen einen bedingungslosen und unverantwortlichen Pazifismus aus: «Wenn das Programm von «Kirche und Frieden» im Sinne einer kirchlichen Bejahung eines unbedingten Pazifismus zu verstehen war, dann war es theologisch von Anfang an unmöglich.»... «Die Kirche muss darum beten und darum muss sie auch dafür arbeiten, dass der Staat nach innen und aussen ein rechter Staat sei. Zum rechten Staat gehört auch das, dass er den Frieden schützt: Aber eben schützt, und zwar den Frieden, der der Gerechtigkeit und der Freiheit dient und in Gerechtigkeit und Freiheit zustande kommt.

Nur in diesem Frieden kann ja auch das Evangelium verkündigt werden. In jedem anderen Frieden wird das Evangelium der Unterdrückung und dem Gespött verfallen.»

Und etwas weiter heisst es: «Um des echten Friedens willen darf die Kirche dem Staat nicht wehren, das Schwert zu führen. Und wieder um des rechten Friedens willen darf sie nicht von ihm verlangen, dass er das Schwert «umsonst führe» (Röm. 13,4). Wenn der Staat den Frieden nicht mehr anders schützen kann, dann muss er ihn mit dem Schwert schützen.»

Karl Barth fährt fort: «Die Diktatur ist das ausgesprochene Regiment der bewussten und planvollen Ungerechtigkeit und Unfreiheit. Die Diktatur ist als solche die Bedrohung des rechten Friedens. Im Zeitalter der Diktaturen muss die Kirche in allen noch nicht von ihnen beherrschten Ländern mit dem Willen zum rechten Frieden auch die Bereitschaft zu dessen Verteidigung gutheissen und fordern. Sie hat um des Evangeliums willen und durch die Verkündigung des Evangeliums den demokratischen Staat aufzurufen, um jeden Preis, auch um den von Not und Untergang, starker Staat zu sein, das heisst: den Diktaturen an seinen Grenzen mit allen Mitteln Halt zu gebieten. Und sie hat ihren Gliedern um des Evangeliums willen und durch die Verkündigung des Evangeliums zu sagen, dass es etwas gibt, das schlimmer ist als Sterben und als Töten: das freiwillige Jasagen zu der Schande der Herrschaft des Antichrist.»

Statt Rüstung Frieden und Brot

Sicherung des Friedens – erstes Gebot gewerkschaftlicher Interessenvertretung

Heinz Neukrantz, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des FDGB-Bundesvorstandes, in: FDGB-Rundschau (DDR) 1/1982

Angesichts der Zuspitzung der internationalen Lage durch die enorme Steigerung der Rüstungsausgaben auf der Grundlage des NATO-Hochrüstungsbeschlusses, durch die Pläne zur Stationierung hunderter neuer USA-Atomraketen in Westeuropa und die ungeheuerliche Entscheidung der Reagan-Administration für den Bau der Neutronenbombe, hat sich die Friedensbewegung in einer bislang nicht gekannten Breite entwickelt. Auch die Gewerkschaften verschiedenster Orientierung, deren Rechte und Ziele durch die Militarisierung in vielfacher Weise bedroht sind, haben in diesem Ringen Position bezogen.

Immer mehr Menschen, unterschiedlichster Weltanschauung, machen sich ernste Sorgen wegen der

zunehmenden Gefährdung ihrer Existenz und ihres Lebens durch die Entwicklung und Anhäufung neuer und gefährlicherer Kernwaffen, die von den aggressiven imperialistischen Kreisen mit den USA an der Spitze forciert wird. Sie sind empört über die zynische Erklärung des amerikanischen Aussenministers, dass es Wichtigeres gäbe, als den Frieden zu bewahren. Sie fragen sich, welchen Sinn ihre Mühen für ein schöneres Dasein, welchen Sinn der gewerkschaftliche Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, für grössere soziale Sicherheit hätten, wenn die Grundvoraussetzung dafür – der Frieden – nicht erhalten wird. Das veranlasst sie zu immer energischeren Protesten gegen die Rüstungsstrategen. Das findet Ausdruck in Protest-

märschen und Kundgebungen, in Millionen Unterschriften unter Friedensappelle. Das prägt die Forderungen der Gewerkschaften, wie es im Aufruf des letzten britischen TUC-Kongresses zur Auflösung aller atomaren Stützpunkte der USA in Grossbritannien und zur nuklearen Abrüstung im eigenen Lande deutlich sichtbar wurde.

Gleichzeitig wächst die Erkenntnis vom unmittelbaren Zusammenhang und der Wechselwirkung zwischen militärischer Aufrüstung und sozialem Abbau in den NATO-Ländern. Die arbeitenden Menschen sind nicht mehr gewillt, die Zeche für den aggressiven Kurs der Imperialisten zu bezahlen. Sie sind nicht länger bereit, für die Politik der Hochrüstung radikalen Sozialabbau und rigorose Kürzungen der Ausgaben in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen hinzunehmen. Tiefe Einschnitte in das Netz der oft in jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Kämpfen erreichten sozialen Leistungen, zunehmende Steuerlasten und unverminderter Preisauftrieb belasten ihren Lebensstandard, haben zu einer spürbaren Senkung des Reallohns geführt. Deshalb spitzen sich die Auseinandersetzungen in allen NATO-Ländern zu, werden die Tarifverhandlungen härter, wächst die Kampfbereitschaft der Werktätigen. Die Demonstration einer halben Million USA-Bürger in Washington, an der Quelle all dieser Gefahren, unter Beteiligung führender Funktionäre der amerikanischen Gewerkschaften, zeigt das unübersehbar. Sie war Ausdruck wachsenden Protestes und Appell zum weiteren, noch energischeren Kampf gegen die Politik der Hochrüstung und des Sozialabbaus.

In dieser grossen Auseinandersetzung werden die Gewerkschaften selbst immer häufiger das Ziel gefährlicher Angriffe der Reaktion. Um die Hochrüstungspolitik fortsetzen zu können und die damit verbundenen riesigen Profite für die Konzernherren zu sichern, wird nichts unterlassen, um gewerkschaftliche Kämpfe zu erschweren oder ganz zu verhindern. Wachsende Gewalttätigkeiten gegen Streikende und Bedrohung anderer gewerkschaftlicher Aktionen in vielen Ländern zeugen davon. Festgeschriebene Rechte und Freiheiten der Gewerkschaften sind Ziel dieser Attacken, um die grosse potentielle Kraft der Klassenorganisationen zu schwächen und sie zu zwingen, sich mit den sozialen Folgen des Wettrüstens abzufinden. Zersplitterung der gewerkschaftlichen Kräfte, Aufrechterhaltung ihrer Spaltung – national und international – ist bewährtes Rezept der Imperialisten, um die Politik der Konfrontation und der Kriegsvorbereitung fortsetzen zu können, unter der heute alle Völker leiden, gleich in welcher sozialen Ordnung sie leben. Darum ist der Kampf für den Frieden, gegen das Wettrüsten die entscheidende Aufgabe, vor der die Gewerkschaftsbewegung in Europa und in der ganzen Welt heute steht. Dazu ist es dringend notwendig und entspricht voll auf dem Anliegen der Werktä-

tigen, dass die Gewerkschaften in dieser für alle lebenswichtigen Frage zusammenwirken, dass sie ihre Meinungsverschiedenheiten beiseitelassen, einheitlich Stellung nehmen und mit vereinter Kraft Kriegsvorbereitungen und Konfrontationspolitik Einhalt gebieten.

Nur Verhandlungen können Bedingungen für die Lösung der Hauptprobleme unserer Epoche schaffen. Verhandeln ist deshalb höchstes Gebot für alle, die nicht schießen wollen; denn mit jedem Tag, an dem nicht verhandelt wird, wächst die Gefahr eines Kernwaffenkrieges. Und für den unverzüglichen Beginn solcher Verhandlungen ohne Vorbedingungen und mit effektiven Ergebnissen müssen die Gewerkschaften ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund setzt all seine Kräfte ein für die Sicherung des Friedens, für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Seine 9 Millionen Mitglieder sind sich der Verantwortung bewusst, die sie an der Grenzlinie zwischen dem Bereich der NATO und des Warschauer Paktes, an der Scheidelinie zwischen Imperialismus und Sozialismus tragen. Sie tun alles, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen kann. Im Wissen um den untrennbaren Zusammenhang zwischen Frieden und Sozialismus vollbringen sie hohe Leistungen für die allseitige Stärkung ihres sozialistischen Friedensstaates.

Für uns ist der Friede das kostbarste Gut; denn in Ruhe und Sicherheit wollen wir unsere Pläne verwirklichen, deren Ergebnisse dem Wohle des Volkes zugute kommen. Deshalb erklärte der Bundesvorstand des FDGB auf seiner 14. Tagung im September 1981 im Namen der 9 Millionen Gewerkschafter der Deutschen Demokratischen Republik erneut seine Solidarität mit allen, die für den Frieden kämpfen, die sich fürs Überleben einsetzen, und er drückte seine feste Überzeugung aus, dass die internationale Arbeiterklasse die Kraft hat, den Rüstungsstrategen eine Niederlage zu bereiten und den Frieden erfolgreich zu verteidigen.

● **Wir stehen fest an der Seite der Sowjetunion, zum Appell ihres Obersten Sowjets vom 23. Juni 1981 an die Parlamente der Völker der Welt: «Der Friede ist Allgemeingut der Menschheit und in unserer Zeit Grundvoraussetzung für ihre Existenz. Er kann nur und muss mit vereinten Anstrengungen erhalten und zuverlässig bewahrt werden.» (Harry Tisch auf der 14. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB)**